

Worben, 13. November 2018

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 02. Oktober 2018 für die kantonalen Volksabstimmungen vom 25. November 2018:

Nein zur Änderung des Steuergesetzes (Steuergesetzrevision 2019)

Mit dieser Revision will man die Unternehmenssteuern schrittweise von 21,64% auf 18,71% senken. Davon profitieren jedoch nur Firmen mit einem jährlichen steuerbaren Reingewinn von Fr. 63'000 (ein Drittel aller Unternehmungen), was die fehlende Ausgewogenheit der Vorlage deutlich aufzeigt. Ausserdem fehlen dem Kanton ab 2020 Einnahmen von 103 Millionen Franken pro Jahr. Bei den Gemeinden beläuft sich der Betrag auf rund 51,5 Millionen Franken. Im Allgemeinen verurteilen es die Schweizer Demokraten (SD) aufs Schärfste, dass in der jetzigen Situation solche Fiskalmassnahmen gefordert werden. Der bereits erfolgte massive Sozialabbau würde nochmals zunehmen. Diese Reduktion der staatlichen Mittel bekämen zudem vor allem finanziell und sozial schwache Schweizer zu spüren. Dabei handelt es sich etwa um Leistungen des Sozial- und Behindertenbereichs (unter anderem Sozialhilfe) sowie der Spitex. Der Erhalt eines guten Bildungssystems und funktionierende Infrastrukturen sind zielführend. Dagegen hat die Beteiligung am aggressiven kantonalen Steuerwettbewerb einen destruktiven Charakter. Zur Vorlage wurde die Nein-Parole beschlossen.

Nein zum Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden 2018 – 2020

Im Mai 2017 lehnte das Berner Stimmvolk den Asylkredit von 105 Millionen Franken erfreulicherweise ab. Die überarbeitete Vorlage sieht jedoch lediglich Einsparungen von 5,4 Millionen Franken vor, obschon die Bundesgelder aufgestockt wurden. Im Jahr 2016 erhielt der Kanton Bern vom Bund rund 128 Millionen Franken. Diese Asylsuchenden sind oft bereits 16 oder 17 Jahre alt, sodass kaum von Kindern gesprochen werden kann. Solche Personen können somit ohne jegliche Probleme zusammen mit den erwachsenen Asylbewerbern in denselben Unterkünften betreut werden. Es darf nicht sein, dass ältere und finanziell schwache Menschen unter den kantonalen Sparmassnahmen leiden müssen, während für Asylbewerber, denen mehrheitlich keine Gefahr an Leib und Leben droht, Unsummen von Geldern aufgewendet werden. Der Bürger bezahlt für die Folgen einer verfehlten Asylpraxis. Letztlich werden diese jungen Asylanten mit 4'400 Franken pro Monat alimentiert. Der Bund überweist den Kantonen heute ein Monatsentgelt von 1'500 Franken pro Asylsuchender, was für eine Betreuung in einer Kollektivunterkunft reichen sollte. Der Volksentscheid wurde schlicht nicht umgesetzt. Deshalb beschliessen die SD zur Vorlage die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident